



ÖSTERREICHISCHE UNTEROFFIZIERSGESELLSCHAFT
Der Präsident
Vizeleutnant
Othmar WOHLKÖNIG
8052 Graz, Straßgangerstraße 171
Mobil: +43 (0) 664 622 3012
E-Mail: othmar.wohlkoenig@uog-st.at

Herrn
Bundeskanzler
Sebastian KURZ
Ballhausplatz 2
1010 WIEN

Graz, 06.05.2019

Schon geschickten Herrn Bundeskanzler!

Als Interessenvertretung der größten Berufsgruppe des Bundesheeres und Sprachrohr von nahezu 30.000 Unteroffizieren des Präsenz-, Miliz-, Reserve- und des Ruhestandes, schließt sich die Österreichische Unteroffiziersgesellschaft (ÖUOG) der Aussage des Bundespräsidenten: „Das Bundesheer sei dazu bestimmt, den Schutz der inneren Ordnung des Staates zu gewährleisten und seine Souveränität gegen jede Bedrohung von außen zu verteidigen. Die politische Führung sei hingegen dafür verantwortlich, die notwendigen Ressourcen sicherzustellen und einen verfassungskonformen Zustand des Bundesheeres zu gewährleisten“, vollinhaltlich an. Darüber hinaus verstärken wir jede Darstellung im Positionspapier des Generalstabes.

Die Unteroffiziere und die ihnen anvertrauten Staatsbürger und Staatsbürgerinnen spüren täglich die Folgen des jahrelangen „Kaputtsparens“. Die unzureichende Mobilität, die fehlende Ausrüstung, Bekleidung und Bewaffnung, sowie die veraltete Infrastruktur führen sowohl zum Verlust der Fähigkeiten und Fertigkeiten als auch zur zusätzlichen Gefährdung unsere Soldaten und Soldatinnen in den Inlands- und Auslandseinsätzen.

Wie schon vom Chef des Generalstabes dargestellt sind wir schon jetzt nicht mehr in der Lage unseren Verfassungsauftrag die Landesverteidigung, als Primäraufgabe in einem vertretbaren Maß zu erfüllen. Sollte die Bundesregierung weiterhin dem Bundesheer jene finanziellen Mittel vorenthalten, welche es als strategische Einsatzkraft benötigt, so ist das aus der Sicht der ÖUOG unverantwortlich und führt mittelfristig zur völligen Handlungsunfähigkeit. Schon jetzt besteht dringender Handlungsbedarf.

Die Österreichische Unteroffiziersgesellschaft fordert die Bundesregierung auf, den „Sonntagsreden und Zugeständnissen“ endlich Taten folgen zu lassen und den berechtigten Forderungen des Bundesministers für Landesverteidigung nachzukommen. Neben einer notwendigen Ausgleichsfinanzierung fordern wir noch in dieser Legislaturperiode die Anhebung des Regelbudgets auf zumindest ein Prozent des BIP als Mindestmaß, so wie es im Abschlussbericht der „Bundesheerreformkommission 2010“ empfohlen und von allen Parlamentsparteien unterzeichnet wurde.

(Othmar WOHLKÖNIG, Vzlt)